

## **Ohne Bildung? Keine Chance!** **Aufbruch für ein gerechtes und kreatives Bildungssystem**

Fraktionsbeschluss, 11. September 2008

Bildung entscheidet heutzutage über Teilhabe oder Ausschluss, über sozialen Zusammenhalt, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Zukunft hängt entscheidend von mehr Bildungsgerechtigkeit ab. Die Entwicklung der Wissensgesellschaft, die Globalisierung und der demografische Wandel machen Bildung zu einem Handlungsfeld völlig neuer Qualität und Bedeutung. Bildung ist die **Voraussetzung** für individuellen Aufstieg und gerechte Startchancen, aber auch zentrale Grundlage eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems. Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Gute Bildungspolitik ist immer auch präventive Sozialpolitik und trägt entscheidend dazu bei, Auswege aus der Armut zu schaffen. Bildung ist ein Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine wichtige Voraussetzung dafür, das eigene Leben gestalten zu können. Deshalb muss das Bildungssystem selbst offen und wandlungsfähig sein – ein lernendes System, das alle Menschen dazu befähigt, ihre Potenziale zu entfalten. Doch in Deutschland sind wir von einer solchen **zukunftsfähigen Organisation** von Bildung weit entfernt. Das deutsche Bildungssystem ist orientiert an Auslese und Abgrenzung statt an individueller Förderung und Durchlässigkeit. Es stellt nicht den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt, sondern hält an der überkommenen Struktur „begabungsgerechter“ Bildungsgänge fest. Dadurch ist es an vielen Stellen demotivierend statt reich an Erfolgen.

Unser Bildungssystem ist also extrem ungerecht. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen und einkommensarmen Haushalten bekommen weniger Chancen, sich zu entfalten, Kreativität zu entwickeln und die eigenen Potenziale zu entdecken. Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Behinderte, Menschen mit veralteten oder geringen Qualifikationen sowie Mütter mit kleinen Kindern oder auch hochqualifizierte Frauen mit Karrierepotenzial scheitern an strukturellen Hemmnissen. Ihre Potenziale und Fähigkeiten liegen brach – mit negativen Folgen für individuelle Entwicklungschancen, aber auch für die allgemeine Beschäftigungs- und Wohlstandsentwicklung. Gerade in einer Gesellschaft, die immer stärker auf Wissen und auf kreative Ideen angewiesen ist, ist es fatal, wenn so viel Potenzial verschleudert wird. Bereits heute fehlen in einigen Bereichen tausende Fachkräfte, der demografische Wandel wird dies noch verstärken.

Niemand bestreitet mehr die gewachsene Bedeutung von Bildung. Doch die Dimension und der akute Handlungsdruck für politische Veränderungen werden immer noch unterschätzt. Dies macht auch der internationale **Vergleich** deutlich: Die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystem rangiert allenfalls im Mittelfeld. Den Erfordernissen eines modernen Bildungswesens wird es in vielerlei Hinsicht nicht gerecht. Viele Länder geben schon seit Jahren einen weitaus höheren Anteil als 5,2% ihres BIP für Bildung aus und steigern ihn noch weiter.

Bildung ist ein Megathema geworden, die Kritik am deutschen Bildungssystem wächst. Immer mehr Menschen erleben die Bildungssituation als **ungerecht, demotivierend und ineffizient**. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, aber auch Wirtschaft und Wissenschaft drängen daher immer stärker auf grundlegende Veränderungen. Deshalb ist der Zeitpunkt für einen Kraftakt in der Bildungspolitik günstig. Bund und Länder zeigen sich jedoch bisher nicht in der Lage, diesen

Erwartungen zu entsprechen. Ganz im Gegenteil haben Union und SPD unter Duldung der Kanzlerin mit ihrer Föderalismusreform 2006 eine **gesamtstaatliche Bildungsstrategie** sogar deutlich erschwert. Seitdem sind dem Bund zu enge Grenzen gesetzt, wenn es um Impulse oder finanzielle Investitionen für das Bildungssystem geht. Eine Initiative wie das Ganztagschulprogramm ist heute aufgrund des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern rechtlich nicht mehr möglich.

Das alles wäre weniger bedenklich, wenn die Bundesländer tatsächlich ihrer gewachsenen Verantwortung für bessere Bildungschancen nachkämen. Doch dies ist nicht der Fall. Eine **substanzielle und konkret messbare Verbesserung** der Bildungssituation ist in den vergangenen Jahren nicht geschafft worden. In manchen Bereichen zeichnen sich sogar Verschlechterungen ab: So hat sich der unter Rot-Grün erreichte Aufwärtstrend bei der Studienanfängerquote nicht verstetigt, stattdessen stagniert sie nun wieder auf zu niedrigem Niveau. Hier machen sich Zugangshürden wie die flächendeckenden NCs und die Studiengebühren bemerkbar. Im internationalen Wettbewerb gewinnt die Quote der Hoch- und Höchstqualifizierten an Bedeutung. Doch Deutschland verliert bei den Studienanfängern den Anschluss.

Neuerdings hat auch die große Koalition die öffentliche Bedeutung des Bildungsthemas entdeckt. Die Kanzlerin hat einen Bildungsgipfel einberufen - zu befürchten ist eine reine Showveranstaltung. Die SPD will dahinter nicht zurückstehen und hat einen bildungspolitischen Forderungskatalog aufgestellt, der Gebührenfreiheit und Qualitätsverbesserungen für alle zugleich verspricht. Die bildungspolitischen Anstrengungen lassen aber auch in den SPD-regierten Ländern zu wünschen übrig: so bei den Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt I oder bei durchdachten Verbesserungen im Schulbereich.

Wir brauchen dringend eine klare und eindeutige **Prioritätensetzung** für Bildung. Ohne sie können die strukturellen Probleme des deutschen Bildungssystems nicht behoben werden. Anstatt weiterhin unnötig Zukunftschancen zu riskieren und Potenziale zu vergeuden, muss sich die Politik endlich der anstehenden Aufgabe im Bildungssystem stellen: Wir brauchen grundlegende strukturelle Reformen und mehr finanzielle Anstrengungen für Bildungsgerechtigkeit.

Was wir brauchen, ist ein echter **qualitativen Durchbruch**. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie den Bildungsgipfel als Chance für eine Gesamtstrategie nutzt. Nur konkrete und verbindliche Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern ermöglichen den notwendigen Kraftakt. Die Handlungsfelder einer solchen Gesamtstrategie reichen von einer besseren Frühförderung über eine gerechtere Schule, Ausbildung und Hochschule bis zu einer Offensive für die Weiterbildung. Wer jetzt nicht die richtigen Weichen stellt, vernachlässigt eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen und verkennt die Bedeutung der Bildung für die Zukunft.

### **Von Anfang an gute Bildung – für alle!**

Frühkindliche Förderung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit. Erst durch frühe Förderung können ungleiche Startchancen ausgeglichen und das Recht auf Bildung für alle Kinder von Anfang an verwirklicht werden. Doch hierzulande fehlen schlichtweg die Vorausset-

zungen dafür. Von einem **bedarfsdeckenden Angebot** an Kindertagesbetreuung vor allem für Kinder unter 3 Jahren sind wir noch weit entfernt. Es fehlt insgesamt an ganztägigen Angeboten und die Öffnungszeiten sind oft unflexibel und lebensfern. An vielen Stellen wird das Angebot modernen Anforderungen an die pädagogische Qualität nicht gerecht und die frühkindliche Bildung wird nicht groß genug geschrieben. Wenn in Deutschland die Abhängigkeit zwischen Bildungserfolgen und sozialer Herkunft ganz besonders hoch ist, liegt das maßgeblich auch an dieser Vernachlässigung früher Bildung. Im gesamten vorschulischen Bereich fehlt es noch an **verbindlichen Qualitätsstandards und Qualitätssicherungsinstrumenten**. Auch bei der Quantität des Angebots herrscht noch Mangel.

Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Kinder ab dem 1. Lebensjahr. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen zu Orten umfassender Förderung werden. Wir fordern eine **Qualitätsoffensive**, die ihren Namen verdient und ein bundeseinheitliches Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen. Es muss Kriterien wie Gruppengröße, Personalschlüssel, Raum- und Sachausstattung genauso berücksichtigen wie pädagogische Qualität, Bildungsangebote und gesunde Mahlzeiten. Ziel ist dabei zum Beispiel eine zusätzliche Fachkraft pro Gruppe im Bundesdurchschnitt.

Der Bund ist gefordert, an einer solchen **Qualitätsoffensive** mitzuwirken. Es reicht bei weitem nicht aus, 80.000 Erzieherinnen via Internet weiterzubilden, wie es die Bundesbildungsministerin vorgeschlagen hat. Vielmehr muss die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher grundlegend verbessert werden. Pädagogische Arbeit mit Kindern verdient höhere gesellschaftliche **Wertschätzung**, bessere Bezahlung und attraktive berufliche Entwicklungsperspektiven. Dazu fordern wir ergänzend zum bisherigen Beruf der Erzieherin bzw. des Erzieher die Einrichtung von Studiengängen und Berufs begleitenden hochschulischen Angeboten zur akademischen Ausbildung von Frühpädagoginnen und Frühpädagogen. Mehr ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher müssen die Chance auf einen **Abschluss auf Hochschulniveau** erhalten. Mittelfristig sollte pro Kindergruppe eine Fachkraft mit Hochschulabschluss tätig sein.

Um Eltern in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken, setzen wir uns für die Erweiterung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ein. Eine fundierte, obligatorische Grund- und Weiterqualifizierung von Tagesmüttern ist ebenfalls unerlässlich. Ferner muss dafür gesorgt werden, dass sich **Elternbeiträge** nicht als Zugangshürden für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien auswirken, so dass sie von frühkindlicher Förderung ausgeschlossen werden. Elternbeiträge müssen sozial gerecht gestaltet sein und schrittweise abgebaut werden. Zunächst soll jeweils ein Betreuungsjahr gebührenfrei sein.

### **Erfolg statt Auslese – für eine bessere Schule!**

Das deutsche **Schulsystem ist ungerecht**: Kinder aus sozial schwächeren oder Migrantenfamilien haben bei gleichen Fähigkeiten eine viel geringere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als ihre Mitschüler. Das deutsche Schulsystem vergeudet systematisch Potenziale: Viel zu viele Kinder und

Jugendliche durchlaufen die Schule, ohne einen Schulabschluss oder die vorgegebenen Bildungsstandards zu erreichen. Rund 20% der 15-Jährigen sind auf der niedrigsten PISA-Kompetenzstufe, das heißt, sie sind eigentlich **funktionelle Analphabeten!** Das mehrgliedrige Schulsystem mit seiner frühen Selektion der Kinder, die fehlende Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen und das geringe Angebot von gebundenen Ganztagschulen sind die Hauptursachen dieser Bildungsmisere. Das deutsche Schulsystem hat auch Nachholbedarf, wenn es darum geht, selbständiges Lernen und Kreativität zu fördern.

Wir brauchen Schulen, die bessere Leistungen in der Breite und der Spitze fördern. Wichtig ist deshalb die mehrgliedrige Schulstruktur mit ihren ungerechten Auswirkungen zu verändern. Die Hauptschule ist zu einer Sackgasse geworden, in Förderschulen finden sich vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien wieder. Es muss **Schluss sein mit dem Aussortieren** nach der 4. Klasse. Schülerinnen und Schüler müssen länger mit- und voneinander lernen und das Prinzip der individuellen Förderung muss durchgesetzt werden, damit mehr Kinder bessere Schulabschlüsse erreichen. Dies verlangt in der Konsequenz auch eine veränderte Lehreraus- und -fortbildung. Um Ausgrenzung zu beenden, müssen wir die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen vorantreiben. Zwar hat sich seit der ersten PISA-Studie einiges bewegt, doch in wichtigen Bereichen wie z. B. der Lehrerbildung oder der Senkung der Schulabbrecherzahlen sind sich die Länder nicht einig. Auch der Ganztagschulaausbau verläuft zu schleppend.

Wir wollen ein **flächendeckendes Angebot** an gebundenen Ganztagschulen **bis 2020**. Ganztagschule heißt, der Schule einen neuen Rhythmus zu geben, Unterricht neu zu strukturieren und ganzheitliches Lernen zu ermöglichen. Dazu gehören auch Bewegungsangebote und Angebote von Sozialarbeiterinnen oder Erziehern. Außerschulische Kooperationspartner werden ebenso einbezogen wie Fachkräfte aus der Psychologie, aber auch Künstler oder Handwerkerinnen.

Wir fordern außerdem, die Schulabbrecherquote von derzeit knapp 8% bis 2014 zu halbieren. Langfristiges Ziel muss ein **erster qualifizierender Abschluss** für jede und jeden sein. Entscheidend ist auch, dass ein schmaler Geldbeutel der Eltern nicht die Bildung der Kinder verhindern darf. Wir wollen ein gutes und in einem ersten Schritt kostengünstiges Mittagessen für alle Kinder. Für Schülerinnen und Schüler **aus einkommenschwachen Familien** müssen die Kosten für **Schulbücher, Fahrtkosten** und **Mittagessen** übernommen werden. Außerdem muss diese Gruppe durch **Schulstartpakete** unterstützt werden.

### **Gute Ausbildung statt Warteschleifen!**

Deutschland galt mit seiner dualen Ausbildung anderen Ländern lange als Vorbild. Das System hat jedoch über die Jahrzehnte stark an **Integrationskraft verloren**. Nur noch 60% aller Ausbildungsplatzbewerber schaffen es überhaupt in eine reguläre Ausbildung, die anderen landen in Übergangsmaßnahmen ohne anerkannten Abschluss. Inzwischen gehören schon rund 380.000 Jugendliche zu den Altbewerbern, d. h. sie suchen schon ein Jahr oder länger nach einem Ausbildungsplatz. Verschärft wird die Situation zusätzlich durch massenhaft fehlende Studienplätze und höhere Zu-

gangshürden zur Hochschule, so dass immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Doch die Bundesregierung traut sich an eine **echte Strukturreform** nicht heran. Weder Ausbildungs-pakt noch Ausbildungsbonus sind die richtigen Instrumente.

Vor allem für Hauptschülerinnen und -schüler bleibt eine Lehrstelle häufig ein frommer Wunsch. Jedes Jahr kommt die Hälfte von ihnen nach der Schule in berufsvorbereitende Maßnahmen. Diese erweisen sich für viele als **ineffiziente Warteschleifen**. So verschwenden die Jugendlichen ihre Lebenszeit und die öffentliche Hand jährlich 3 bis 4 Mrd. Euro.

Diese Vergeudung von Lebenszeit und Ressourcen muss ein Ende haben. Jeder und jede Jugendliche muss nach der Schule eine richtige Berufsausbildung machen können. Deshalb wollen wir zusätzliche Ausbildungsplätze an **neu ausgerichteten überbetrieblichen Ausbildungsstätten** schaffen, die gemeinsam von Kammern und Berufsschulen organisiert werden. So können sich mehr Betriebe an der Ausbildung beteiligen, weil sie keine komplette Ausbildung, sondern nur Teile anbieten müssen. Für Schulabbrecher wollen wir außerdem mehr **Produktionsschulen, in denen** Jugendliche im Arbeitsprozess lernen und damit eine zweite Chance auf einen Schulabschluss haben. Nicht zuletzt ist es unabdingbar, die **Berufsorientierung an Schulen** zu verbessern, damit Jugendliche frühzeitig die Bandbreite beruflicher Ausbildungen kennen lernen und erfahren, was sie im Berufsleben erwartet.

### Wer studieren kann, soll auch studieren können!

In Deutschland herrscht jetzt schon **Akademikermangel**, die Studierendquote ist im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern zu gering. Studienplätze werden Mangelware, wenn dank geburtenstarker Jahrgänge und verkürzter Schulzeit mehr junge Menschen mit Studienberechtigung ihr Studium aufnehmen wollen. So müssen Bund und Länder **mindestens 700.000 Plätze mehr** als heute anbieten, um den flächendeckenden Einser-NC, endlose Warteschleifen und Verdrängungskämpfe auf dem Lehrstellenmarkt zu verhindern. Dabei reicht es nicht, allein den demografischen Wandel auszugleichen: Wir brauchen darüber hinaus eine deutliche Erhöhung der Studierendquote, um im internationalen Vergleich mithalten zu können.

Bund und Länder müssen daher die **dramatische Unterfinanzierung** unseres Hochschulsystems überwinden und massiv in mehr Studienplätze sowie bessere Studienbedingungen investieren. Der dazu von Bundesministerin Schavan und den Landesministern vereinbarte Hochschulpakt I ist jedoch unterfinanziert und ineffizient: Statt der für 2007 verabredeten zusätzlichen 13.000 Studienplätze wurden bundesweit bislang nur 2.500 Plätze geschaffen. Wir erwarten daher vom Bildungsgipfel, dass die Vereinbarungen des Hochschulpaktes I kritisch überprüft und nachgebessert sowie verbindliche Weichen für einen wirksamen Hochschulpakt II gestellt werden. Wir wollen, dass die vorhandenen Studienplätze effizient vergeben werden. Die Länder müssen dafür Sorge tragen, dass sich die Hochschulen am Vergabeprozess der reformierten ZVS beteiligen.

Wir brauchen eine **echte Ausbauoffensive** für unsere Hochschulen und eine Strategie zum Abbau von Zugangshürden, denn flächendeckende NCs und Studiengebühren verbauen schon jetzt zehntausendfach Hochschulzugänge. Gerade Studierwillige aus Elternhäusern mit geringem und mittlerem Einkommen werden abgeschreckt, Arbeiterkinder werden zu Exoten auf dem Campus. Über die Aufnahme eines Studiums dürfen aber nicht der Geldbeutel oder der Status der Eltern entscheiden. Neben dem quantitativen Ausbau und der Öffnung der Hochschulen brauchen wir aber auch dringend Verbesserungen in der Qualität. Derzeit verlässt noch jeder 5. Studierende die Hochschule ohne Abschluss. Um die Lehre an Hochschulen zu verbessern, brauchen wir **mehr Lehrpersonal, bessere Aus- und Fortbildung** für die Lehrenden und einen **Wettbewerb** für herausragende und innovative **Lehre**. Dazu müssen Bund und Länder ein Qualitätspaket für die Lehre vereinbaren.

Die Studienbedingungen haben sich auch durch den sog. Bologna-Prozess nicht verbessert – im Gegenteil. Die sinnvolle Umstellung der Studienstruktur von Diplom und Magister auf Bachelor und Master hat vielerorts dazu geführt, dass der Lernstoff einfach verdichtet wurde. Aufgabe der Hochschulen ist es, die **Studienordnungen zu entrümpeln** und wirklich neue Studiengänge zu entwickeln. Dabei müssen Freiräume und **Zeitfenster für Praktika und Auslandsaufenthalte** bleiben. Die Länder sind gefordert, genügend Mittel für den **höheren Betreuungsaufwand** bei Bachelor und Master zur Verfügung zu stellen.

Für **beruflich Qualifizierte** ohne Hochschulzugangsberechtigung sind Hochschulen derzeit praktisch unzugänglich. Nur 0,8% aller Studierenden haben kein Abitur. Dabei hatte sich die Regierung im Koalitionsvertrag noch vorgenommen, den Anteil der Studierenden ohne Abitur zu erhöhen. Dieses Ziel zu verwirklichen, steht nach wie vor aus. Bund und Länder müssen daher auf ihrem Gipfel dringend eine **Übereinkunft** über einen **bundeseinheitlichen Weg** treffen, wie beruflich Qualifizierten der Hochschulzugang tatsächlich eröffnet werden kann.

### **Weiter bilden – weiter kommen!**

Die Bedeutung des lebenslangen Lernens wird in Sonntagsreden gerne beschworen. Im politischen Alltag hat die schwarz-rote Regierung das Thema jedoch sträflich vernachlässigt: Eine Weiterbildungsstrategie ist nicht erkennbar. Nach drei Jahren großer Koalition gibt es nur ein Modell zum Weiterbildungssparen. Finanziell schlecht ausgestattet und daher von geringer Reichweite, wird der dringend notwendige **Bewusstseinswandel für mehr und bessere Weiterbildung** eher ausgebremst als gefördert. Auch die betriebliche Weiterbildung, für die die Unternehmen selbst die Verantwortung tragen, ist in den letzten Jahren zurückgegangen.

Dabei stehen wir vor immensen Herausforderungen. In Folge der **demografischen Entwicklung** werden Fachkräfte knapp, während zu viele Menschen ohne ausreichende Kompetenzen die Bildungseinrichtungen verlassen. Zugleich steigen die **Lernanforderungen**: Eine spezialisierte, passgenaue Erstausbildung reicht nicht mehr aus, **kontinuierliche Weiterqualifizierung in allen Lebensphasen** ist gefragt. Andere Länder sind hier schon viel weiter, bei uns liegen noch viele Potenziale brach.

Ältere, Geringqualifizierte, Frauen mit Kindern, aber auch Migrantinnen und Migranten – sie alle nehmen viel zu selten an Weiterbildung teil. Das muss sich ändern!

Wir wollen eine weiterbildungsaktive Gesellschaft. Unser Ziel ist, die Beteiligung an Weiterbildung auf skandinavisches Niveau zu bringen, d. h. bis 2020 auf 70%. Das kann nur gelingen, wenn wir sowohl die individuelle Beratung und die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen als auch die finanzielle Unterstützung für Weiterbildung verbessern. Wir fordern deshalb eine **flächendeckende, unabhängige Bildungsberatung**, die bei den Verbraucherzentralen angesiedelt ist. Außerdem wollen wir das sog. Meister-Bafög zu einem echten **Erwachsenen-Bafög** ausbauen. Denn bei Bildung braucht jeder eine zweite Chance. Mit dem Erwachsenen-Bafög würde das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen grundsätzlich staatlich gefördert. Außerdem würden mehr Fortbildungsgänge als heute und auch berufsbegleitendes Studieren mit einem **Mix aus Zuschüssen und Darlehen** unterstützt.

### **Alle mitnehmen!**

Der Anteil von jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** wächst. Von den unter 25-Jährigen haben in den westlichen Bundesländern im Durchschnitt 30% einen Migrationshintergrund, in Ballungszentren sind es bis zu 50% oder mehr. Entsprechend treffen in Kita, Schule und Ausbildung immer mehr Menschen unterschiedlichster sprachlicher, kultureller, ethnischer und sozioökonomischer Voraussetzungen aufeinander. Doch unser Bildungssystem ist auf diese enorme Herausforderung schlecht eingestellt. Statt zu integrieren, grenzt es aus. In keinem anderen PISA-Vergleichsland ist der **Kompetenzunterschied** zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund so hoch wie in Deutschland. Besonders Jugendliche der zweiten Generation schneiden schlecht ab. Ungleiche Bildungszugänge und -chancen zeigen sich auf allen Ebenen: Kinder aus Migrantenfamilien besuchen seltener Kindertageseinrichtungen. Sie kommen seltener aufs Gymnasium, dafür umso öfter auf niedriger qualifizierende Schularten. Doppelt so viel ausländische wie deutsche Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es auch deutlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Mit 60% sind sie in den Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung überdurchschnittlich oft vertreten. An den Hochschulen sind Einwandererkinder dagegen unterrepräsentiert.

Die OECD bescheinigt Deutschland entsprechend ein „**bedenkliches Integrationsdefizit**“. Doch sind nicht alle migrantischen Heranwachsenden gleichermaßen benachteiligt. Ob Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erfolgreich lernen oder bildungsfern heranwachsen, hängt maßgeblich von Beruf, Einkommen, Bildungsniveau und Einbürgerung ihrer Eltern ab. Ein Bildungssystem, das sozial bedingte Leistungsunterschiede systematisch verstärkt, anstatt sie auszugleichen, ist ungerecht und muss endlich überwunden werden. Es vergeudet Humanressourcen und schwächt die Leistungsfähigkeit der Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Es fehlt ein umfassender integrativer Ansatz auf allen Ebenen. Neben gezielter, möglichst **früher und kontinuierlicher Sprachförderung** über alle Bildungsstufen hinweg brauchen wir **die bessere**

**Integration von Migrantenkindern in die vorschulische Förderung.** Wir halten Sprachstandserhebungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 4 Jahren für unverzichtbar. Sprachdefizite müssen durch begleitende, obligatorische Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Dem gegenüber sollten wir die Potenziale und Kompetenzen von Kindern mit Migrationshintergrund besser als bisher nutzen und deren Mehrsprachigkeit flächendeckend fördern.

Der Zugang zur Förderung vor dem 3. Lebensjahr oder zu Ganztagsplätzen darf nicht von der Berufstätigkeit beider Eltern abhängig gemacht werden. **Neue Lehr- und Lernkonzepte**, die auf interkulturellen Unterricht und den Umgang mit Differenz setzen, müssen endlich mehr Gewicht in der Pädagogenausbildung und in der Bildungspraxis erhalten. In den Bildungseinrichtungen brauchen wir einen Mix aus verschiedenen Fachkräften und mehr **Personal mit Migrationshintergrund**, auch in Leitungspositionen. Die Eltern müssen in Zusammenarbeit mit den Migrantenverbänden stärker eingebunden und über das deutsche Bildungssystem und die Möglichkeiten für ihre Kinder besser informiert werden.

Wir müssen die Bildungspolitik für junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht neu erfinden. Vielmehr zeigt sich: Was das Bildungssystem insgesamt **qualitativ verbessern und leistungsgerechter gestalten** würde, käme benachteiligten Migrantinnen und Migranten ganz besonders zu Gute.

### **Mehr Schulerfolg für Jungen, mehr Berufserfolg für junge Frauen**

Jungen und Mädchen, junge Männer und Frauen scheitern an unterschiedlichen Stellen im Bildungs- und Wissenschaftssystem: Jungen haben heute vielfach Probleme in der Schule, Frauen haben vor allem später auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf, aber auch in Wissenschaft und Forschung mit Diskriminierungen zu kämpfen.

Jungen werden immer mehr zu **Sorgenkindern und Verlierern** unseres Schulsystems: Ihre Leistungen und Abschlussnoten sind schlechter als die der Mädchen. Je niedriger die Schulform, desto höher ist der Jungenanteil. Mehr Jungen als Mädchen bleiben ohne Schulabschluss, sie wiederholen häufiger eine Klasse als ihre Mitschülerinnen. Laut PISA erreichen 26% der Jungen nur **sehr niedrige Kompetenzstufen**. Diese Gruppe von jungen Männern verlässt das Bildungssystem, ohne dass ihnen die Schule die nötigen Qualifikationen vermittelt hätte, um in der Wissensgesellschaft bestehen zu können. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind entsprechend begrenzt. Besonders ungünstig ist der Bildungsverlauf bei Jungen mit Migrationshintergrund.

Mädchen dagegen ziehen in der Schule an den Jungen vorbei. Sie erzielen durchschnittlich bessere Leistungen und höhere Bildungsabschlüsse. Hindernisse tun sich allerdings auf, sobald die vielen gut ausgebildeten Frauen ihre **Bildungserfolge beruflich umsetzen** wollen. In technischen Berufen sind Frauen noch immer so unterrepräsentiert wie auf den höheren Leitungs- und Entscheidungsebenen, sei es in Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik. **Kinder** stellen für die meisten Arbeitgeber noch immer die Karrieren von Müttern stärker in Frage als die von Vätern. Überall bestehen noch gläserne Decken, so dass Frauen ihre erfolgsversprechende Bildungsbiografie nicht in entsprechende Berufserfolge umsetzen können.

Wir wollen ein Bildungs- und Wissenschaftssystem, das junge Menschen befähigt, ihre individuellen Stärken unabhängig von geschlechtsstereotypen Erwartungen und Rollenbildern zu entwickeln. Dazu gehört eine **Verbreiterung des Berufs- und Studienwahlspektrums**: Mädchen sollen sich für Technik und Naturwissenschaften genauso begeistern können wie Jungen für Dienstleistungs-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. Wir brauchen für alle Kinder von Anfang an eine **gendersensible Pädagogik und Didaktik** in allen Bildungseinrichtungen – mit individueller Förderung und kompetentem Umgang mit Vielfalt. Um insbesondere benachteiligte Jungen zu fördern, bedarf es **gezielter Jungenarbeit**. Auch die Zusammensetzung des pädagogischen und lehrenden Personals selbst muss sich verändern. Wir brauchen mehr Personal mit Migrationshintergrund. Außerdem müssen Anstrengungen unternommen werden, um den Anteil männlicher Erzieher (zurzeit 4%) merklich zu steigern. Perspektivisch wollen wir, dass mindestens jeder fünfte pädagogisch Beschäftigte ein Mann ist.

Im Wissenschaftsbereich muss die Vergeudung wichtiger Potenziale beendet werden. Es muss Schluss damit sein, dass überdurchschnittlich viele Wissenschaftlerinnen der Wissenschaft und Forschung verloren gehen. Wir fordern deshalb, den Anteil von **Wissenschaftlerinnen** auf allen Ebenen durch konkrete und verbindliche Zielvorgaben deutlich anzuheben. Um die Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft voranzutreiben, brauchen wir ein Gesetz, das die Unternehmen zu verbindlichen gleichstellungspolitischen Maßnahmen verpflichtet.

### Das kostet!

Die Ernsthaftigkeit des vielbeschworenen Bildungsaufbruchs wird sich an den Finanzen entscheiden. Hier zeigt sich, ob die Forderung nach Vorrang für Bildungsausgaben nur ein Lippenbekenntnis ist, oder ob die Weichen tatsächlich richtig gestellt werden. Mehr Geld macht aber nur Sinn, wenn es in effektive Strukturen investiert wird. Deswegen sind gleichzeitig mit der deutlichen Prioritätenverschiebung zugunsten der Bildung strukturelle Reformen notwendig. Wir müssen uns insgesamt an Ländern orientieren, deren Bildungssystem im internationalen Vergleich bei Chancengerechtigkeit, Qualität und Effizienz erfolgreicher sind.

Bildungsreformen sind nicht billig, aber nicht alle Reformschritte kosten viel zusätzliches Geld. Manche Maßnahmen lassen sich finanzieren, weil sie **an anderer Stelle Kosten einsparen**. Andere führen **mittelfristig zu höheren Einnahmen**. Bildung zahlt sich aus, für die Einzelnen wie für die Allgemeinheit. Jeder zusätzliche Hochschulabschluss, der zu besser bezahlten Jobs führt, lässt auch die Steuereinnahmen und die Zahlungen an die Sozialversicherungen wachsen. Wenn endlich auch die schwächeren Schülerinnen und Schüler nach dem Ende ihrer Schulzeit ausbildungsfähig sind, **reduzieren sich die Kosten** für teure Nachschulungen und Sozialtransfers. Aber ohne zusätzliches Geld und ohne mutiges Umschichten wird der Bildungsaufbruch nicht gelingen.

Wir wollen die **Effizienzreserven erschließen**: Wenn keine Schülerin und kein Schüler mehr sitzen bleiben würde, könnten wir pro Jahr bis zu 1 Mrd. Euro einsparen. Die Mittel, die heute für Sonder- und Förderschulen ausgegeben werden, sollten besser in integrative Ganztagschulen fließen. Zwi-

schen 3 und 4 Mrd. Euro jährlich fließen in das Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung, allein 500 Mio. Euro benötigt die Bundesagentur für Arbeit pro Jahr, damit Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher nachträglich den Hauptschulabschluss erwerben können. Statt nachträgliche Reparaturmaßnahmen zu finanzieren, ist es klüger, dieses Geld von vornherein in die Verbesserung des Bildungssystems zu investieren.

Wir wollen, dass die **Demografierendite komplett im System** verbleibt. Durch die seit Jahren sinkenden Geburtenzahlen wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Zukunft deutlich schrumpfen. In den nächsten 10 Jahren könnten theoretisch auf diese Weise bis zu 2 Mrd. € jährlich eingespart werden. Bleiben diese im System, können wir die Qualität der Bildung steigern.

Bildungsausgaben sind **Investitionen in unsere Zukunft**, die sich in der Summe rechnen werden. Wer jedoch die notwendigen Investitionen unterlässt, wird in ein paar Jahren eine weitaus höhere Rechnung zu begleichen haben. Es hilft wenig, die Bildungsrepublik auszurufen, solange die Bereitschaft fehlt, die **Prioritäten neu zu setzen** und **mehr Geld zu investieren**. Während im gesamten OECD-Raum 6,2% der Wirtschaftskraft für Bildung ausgegeben werden, sind es in Deutschland nur 5,2%. Die Differenz entspricht einer Summe von 20 Mrd. Euro. Und während in den anderen OECD-Staaten der Anteil seit Mitte der 90er Jahre wuchs, sank er in Deutschland sogar. Wir wollen diesen Trend umkehren.

Wem es Ernst ist mit mehr **Bildungsgerechtigkeit**, der muss bei den Kleinsten beginnen und dort investieren, wo die Weichen für spätere Bildungserfolge gestellt werden. Um den qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Förderung zu erreichen, müssen wir die Prioritäten neu setzen und das Ehegattensplitting abschmelzen. Durch die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag können 5 Mrd. gewonnen werden, die wir in die Zukunft der Kleinsten investieren wollen.

Die **Erbschaftssteuer** muss so reformiert werden, dass durch ein erhöhtes Aufkommen die Länder zusätzlichen Spielraum für höhere Bildungsausgaben gewinnen.

Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Von den Bildungsinvestitionen profitieren alle staatlichen Ebenen. Genauso haben Bund und Länder allerdings auch die Folgen unterlassener Bildungsausgaben gemeinsam zu tragen. Wenngleich für Bildung in Deutschland in erster Linie die Länder und Kommunen zuständig sind, bleibt Bildungspolitik eine **gesamtstaatliche Herausforderung**.

Daran hat auch die Föderalismusreform I nichts geändert, mit der Union und SPD die Aufgabentrennung zwischen Bund und Ländern noch verschärft haben. Solange die Bildungszuständigkeit nun ausschließlich bei den Ländern liegt, müssen diese auch in die Lage versetzt werden, ihrer Verantwortung nachzukommen. Mit der **Föderalismusreform II** bestünde die Chance, wenigstens die **finanziellen Grundlagen** dafür zu schaffen. Doch Schwarz-Rot ist gerade dabei, diese Chance zu verspielen. Bildungsfinanzierung spielt in der Föderalismuskommission keine Rolle.

Wir wollen den Solidaritätszuschlag in einen **Bildungssoli** verwandeln. Denn Bildung ist eine Aufgabe, die Solidarität erfordert, damit alle ihrer Verantwortung nachkommen können. Bis 2019 wer-

den rund 54,5 Mrd. Euro aus dem Solidarpakt frei. Ein Teil dieser Mittel soll die besonders verschuldeten Länder bei ihren Zinslasten unterstützen, damit sie u. a. ihre Aufgaben im Bildungsbereich erfüllen können. Der andere Teil, rund 23 Mrd. Euro, soll direkt der Bildung zugute kommen. Diese Mittel können dann gezielt für bessere Bildung eingesetzt werden. Die Einrichtung eines Bildungsoli macht klar, dass Verbesserungen in der Bildung eine zentrale gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind.

Wir brauchen echte Anreize für zusätzliche Bildungsausgaben. **Bildungsausgaben** müssen endlich auch als das verstanden werden, was sie sind: **Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes**. Bildungsausgaben wie die Anstellung einer zusätzlichen Lehrerin dürfen haushaltsrechtlich gegenüber dem Bau einer Straße nicht mehr schlechter gestellt sein.

## 5 Forderungen für den Bildungsgipfel

Jetzt ist keine Zeit mehr abzuwarten. Jetzt kann nicht mehr auf die Eitelkeiten von Landesfürsten Rücksicht genommen werden oder auf die Unfähigkeit zur Zusammenarbeit bei Kultusministern, Ministerpräsidenten und Bundesregierung. Nicht nur individuelle **Lebenschancen** gehen sonst verloren, sondern auch die **Innovationsfähigkeit** der Wirtschaft.

Seit ihrem Regierungsantritt duckt sich die große Koalition vor dieser Aufgabe weg. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger nimmt ab statt zu, der Akademikermangel wird beklagt, nicht bekämpft. Das Ganztagsschulprogramm soll 2009 auslaufen, obwohl erst ein knappes Viertel aller Schulen ein Ganztagsangebot hat, d. h. noch lange nicht überall Angebote gemacht werden können. Weder wird die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte erleichtert, noch hat die Regierung eine wirkliche Weiterbildungsoffensive gestartet. Wer so handelt, handelt verantwortungslos.

Wir Grüne fordern vom groß angekündigten Bildungsgipfel im Herbst mehr als Absichtserklärungen. Wir erwarten eine **Verabredung über konkrete Ziele und Fristen**, bis wann diese Ziele erreicht sein sollen. Wir erwarten zudem, dass klipp und klar Verantwortliche für die jeweiligen Schritte benannt werden und die begonnenen Schritte mit geeigneten Instrumenten überprüft werden. Wenn der Bildungsgipfel spürbare Erfolge bringen soll, muss er ein **Umsetzungsgipfel** werden. Es müssen auch Vereinbarungen darüber getroffen werden, wie zusätzliche finanzielle Spielräume erschlossen werden, um die Bildungsaufgaben zu schultern.

Zumindest folgende 5 Punkte müssen angepackt werden, damit der Gipfel mehr ist als nur eine Showveranstaltung:

1. Jedes Kind muss ab der Vollendung des 1. Lebensjahres einen **Rechtsanspruch** auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz haben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive unter Beteiligung des Bundes, mit einem einheitlichen Qualitätssiegel für die Kinderbetreuung. Nur so können möglichst viele Kinder möglichst früh von guter Bildung profitieren. Zugangshürden durch Elternbeiträge müssen schrittweise abgebaut werden. In einem 1. Schritt soll ein Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei sein.

2. Kinder und Jugendliche müssen individuell gefördert werden. Wir wollen, dass sie **länger gemeinsam Lernen - über das 4. Schuljahr hinaus**. Die Länder müssen sich zu ersten Schritten auf dem Weg dahin verpflichten. Wir wollen, dass bis 2020 **überall gebundene Ganztagschulen** angeboten werden. Deshalb muss jetzt das Kooperationsverbot wieder aufgehoben und noch 2009 ein Ganztagschulenausbauprogramm II auf die Beine gestellt werden.
3. **Das Recht auf Ausbildung** für Jugendliche muss umgesetzt werden. Wir wollen eine echte Ausbildung an überbetrieblichen Ausbildungsstätten und in Betrieben ermöglichen. Das reine Verwahren von Jugendlichen in Warteschleifen muss aufhören. Für Schulabbrecher wollen wir mehr **Produktionsschulen**.
4. Mehr junge Menschen müssen studieren können. Dafür müssen sich Bund und Länder auf Grundzüge eines **effektiveren Hochschulpakts II** einigen. Bis 2020 muss jedem, der studieren kann und will, ein Studienplatz zur Verfügung stehen und bestehende Zugangshürden müssen abgebaut werden. Beruflich Qualifizierten muss der Hochschulzugang bundeseinheitlich erleichtert werden.
5. Für ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Aus den frei werdenden Mitteln des Solidarpaktes wollen wir deshalb einen Bildungssoli machen. Diese Mittel können dann gezielt für bessere Bildung eingesetzt werden. Die Föderalismusreform II muss jetzt die Weichen dafür stellen. Bildungs- und Forschungsausgaben müssen in der Finanzverfassung aufgewertet werden.